

# Ein Dach für alle Beschäftigten

**Große Lösung:** Verdi und der Kreis beenden den Streit um den Konzernbetriebsrat. Künftig wird es eine Interessenvertretung für alle 5000 Mitarbeiter geben

LZ 2016-07-30

VON ASTRID SEWING

**Kreis Lippe.** Zwei Jahre haben Kreis und Gewerkschaft darüber gestritten, ob es zulässig ist, einen Konzernbetriebsrat für die Beschäftigten zu gründen. Letztendlich hat ein Arbeitsrichter genau das bestätigt. Jetzt gibt es eine andere Lösung: Die 5000 Mitarbeiter des Kreises und aller seiner Betriebes werden unter das Dach einer Gesamtbeschäftigtenvertretung gefasst.

Im Kreishaus hat Landrat Dr. Axel Lehmann diesen Beschluss gestern gemeinsam mit Walburga Erichsmeier von der Gewerkschaft Verdi und Elke Güse, Vorsitzende des Konzernbetriebsrates, vorgestellt. Alle bezeichneten es als „sehr gute Lösung“. „Mit einem Konzernbetriebsrat, der ja nur den privatwirtschaftlichen Teil des Kreises Lippe betrifft, hätten wir die Personalräte des Jobcenters und

des Kreises Lippe nicht erfasst. Mit einer Gesamtbeschäftigtenvertretung gelingt uns das“, erklärte Lehmann.

Er selbst habe als SPD-Fraktionsvorsitzender befürwortet, dass ein Konzernbetriebsrat gegründet wird, nach seiner Wahl zum Landrat aber sofort veranlasst, dass der Begriff „Konzern“ vom Briefpapier des Kreises verschwindet. Den Rechtsstreit habe er von seinem Vorgesänger geerbt und ihn zu stoppen hätte schwerwiegende Konsequenzen haben können.

Zumal absehbar war, dass die Gewerkschaft weiter zäh um ein juristisches Urteil gekämpft hätte. „In einem Rechtsstaat ist es legitim, sich um die Positionen auch vor Gericht zu streiten“, sagte Erichsmeier. Die Einigung jetzt habe den Vorteil, dass sie von allen getragen werde – die Personalräte und die Betriebsräte hätten bereits signalisiert, dass sie einverstanden

seien. Künftig entsenden beide Gremien Vertreter in die Gesamtbeschäftigtenvertretung. Wie viele das sein werden, wie weit die Mitbestimmungsrechte gehen – das alles werde nach der Sommerpause ausgehandelt. Dann werde hier auch die Politik noch ein Wortchen mitzureden haben, sagte Lehmann.

An den Fakten wird sich allerdings kaum etwas ändern. Der Kreis hat darauf verzichtet, Rechtsmittel gegen das Urteil einzulegen. „Das ist uns von externen Juristen so empfohlen worden. Es wäre also eine Verschwendung von Steuergeldern gewesen, das Verfahren weiter zu betreiben“, betonte der Landrat.

**Kommentar**

## Ein anderes Beispiel

In der Stadt Wiesbaden haben SPD und Grüne im Juni den Beschluss gefasst, eine Gesamtbeschäftigtenvertretung einzurichten. Vorangegangen war ein jahrelanger Streit mit der CDU. Die Idee dahinter ist, dass die Daseinsvorsorge eine gemeinsame Aufgabe von Ämtern, Eigenbetrieben und städtischen Gesellschaften ist. „Politische Be-

schlüsse wirken sich zuletzt nicht auf einen Bereich aus. Wenn es um eine Klinik geht, dann ist auch die Verwaltung betroffen. Insofern ist es sinnvoll, die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten einer privaten Gesellschaft und einer Verwaltung unter einem Dach zu bündeln“, sagt Fritz Kampohl, Pressesprecher der Grünen. (sew)